

**Aide-Mémoire aus Anlass des Gespräches  
mit Außenministerin Annalena Baerbock am 27. August 2024**

**Organisation:**

**Amnesty International, Brot für die Welt, FIAN International, Misereor und  
Peace Brigades International (PBI) – deutscher Zweig  
in Zusammenarbeit mit dem Nepal-Dialogforum (NDF)**

**Länderthema:**

**Menschenrechtliche Folgen des Klimawandels in Nepal**

**Beschreibung der Menschenrechtsproblematik:**

Nepal ist eines der am stärksten von den Folgen des globalen Klimawandels betroffenen Länder. Klimaveränderungen in Form von veränderten Temperaturen, kürzeren oder längeren Jahreszeiten und veränderten Niederschlägen - längere Trockenzeiten in Kombination mit stärkeren und unvorhersehbaren Regenfällen - sind inzwischen überall zu beobachten. Das bereits stattfindende und prognostizierte starke Abschmelzen der Gletscher führt bereits zu Sturzfluten durch Gletscherseeausbrüche und bedroht die Wasserversorgung in der gesamten Region dramatisch. Die Folgen des globalen Klimawandels führen außerdem in Nepal jedes Jahr zu Toten und Verletzten.

Veränderte Niederschläge haben darüber hinaus negative Auswirkungen auf die landwirtschaftliche Produktion und verschlechtern die Ernährungssicherung in einem Land, in dem neuesten Schätzungen der Food and Agriculture Organisation (FAO) zufolge noch immer ca. 5,4% der Bevölkerung an Unterernährung leiden. Etwa ein Viertel (26,7 %) aller Kinder unter fünf Jahren sind chronisch unterernährt, 7,7 % leiden an akuter Unterernährung. Diese Situation wird durch die Folgen des Klimawandels weiter verschärft.

Die sich durch die Folgen des globalen Klimawandels verschärfenden Lebensbedingungen tragen ebenfalls dazu bei, dass junge Nepalis in die Wanderarbeit gehen, um ihre Familien zu unterstützen. Nach neuen Informationen der Asian Development Bank verlassen täglich mehr als 1.300 junge Menschen Nepal, um in den Golfstaaten, Indien, Südkorea und anderen Ländern zu arbeiten.

Nepalesische zivilgesellschaftliche und MR-Organisationen stellen fest, dass durch die Folgen der Klimakrise in Nepal u.a. die Menschenrechte (MR) auf Leben, Nahrung, Gesundheit, Kultur, Selbstbestimmung, Wasser, Wohnung sowie auf eine sichere, saubere und nachhaltige Umwelt massiv verletzt werden.

Besonders von den Auswirkungen des globalen Klimawandels betroffen sind die Armen und Angehörige marginalisierter Gruppen, wie z.B., Dalits, Indigene und Menschen mit Behinderungen. Sie sind kaum in der Lage, sich an die sich stetig verändernden Bedingungen anzupassen. Staatliche Maßnahmen für Schutz, Kompensation und Rehabilitation werden nur unzureichend implementiert. Angehörige marginalisierter Gruppen werden zudem häufig diskriminiert und von Entscheidungsprozessen ausgeschlossen, z.B. beim Zugang zu Land und natürlichen Ressourcen wie Fischgründen und Wäldern. Frauen und Mädchen sind dabei oft mehrfach diskriminiert.

Die nepalesische Regierung hat aufgrund der Gefahren für das Land durch den globalen Klimawandel vor der UN-Vollversammlung im September 2023 erneut eine gerechte internationale Klimapolitik gefordert. Auch der Generalsekretär der UNO, Antonio Guterres, hat in einer Ansprache im Parlament Nepals im Oktober 2023 auf die extrem prekäre Situation Nepals in Bezug auf den Klimawandel hingewiesen. Nepal, das zu den sog. *Least Developed Countries* (LCD) gehört, hat u.a. eine *National Climate Change Policy* (2019) verabschiedet. Es fehlt aber, Informationen aus Nepal zufolge, an finanziellen Mitteln und anderen Kapazitäten, um diese Pläne konsequent umzusetzen. Die Verwaltungen auf allen Ebenen des föderalen Staates sind bisher kaum in der Lage, mit den menschenrechtlichen Folgen des Klimawandels umzugehen und die Menschenrechte der Betroffenen zu schützen.

Dabei ist Nepals Beitrag zur globalen Erwärmung im internationalen Vergleich gering. Deutschland hingegen gehört zu den Verursachern der Klimakrise. Bis heute wird in Deutschland pro Kopf mehr CO<sub>2</sub> emittiert als im weltweiten Durchschnitt, und Deutschland ist einer der größten Emittenten von klimaschädlichen Gasen. Deutschland trägt folglich eine große menschenrechtliche Verantwortung dafür, nicht nur das Voranschreiten der Klimakrise zu stoppen, sondern auch dafür, sich gegen Menschenrechtsverletzungen aufgrund des globalen Klimawandels zu engagieren, und entsprechende Maßnahmen zu finanzieren.

#### **Konkrete Anfragen bzw. Empfehlungen:**

##### **Wir empfehlen der Bundesregierung:**

1. angesichts der historischen Emissionen Deutschlands und dem Aspekt der Klimagerechtigkeit, Nepal mit zusätzlichen finanziellen Mitteln zu unterstützen und sich für eine schnellere und wirksamere Operationalisierung des *Loss and Damage Funds* für Länder des globalen Südens einsetzen; sich für eine Vereinfachung des *Green Climate Fund* Prozesses einzusetzen, damit lokale nepalesische Organisationen als akkreditierte Einrichtungen Zugang zu Fonds erhalten und Aktivitäten vor Ort direkt mit gefährdeten Gemeinschaften durchführen können;
2. den Einsatz aller EZ- und Klimamittel dahin gehend zu monitoren, ob sie die vorgesehenen Zielgruppen, hier vor allem marginalisierte Gruppen, erreichen.
3. die Leitlinien der Bundesregierung zur feministischen Außen- und Entwicklungspolitik (2023), sowie die Leitlinien der Bundesregierung zur zivilen Krisenprävention (2017) in Bezug auf Nepal umzusetzen;
4. Nepal darin zu unterstützen, seine Anliegen zum Klimawandel auf internationaler Ebene (z.B. COP) voran zu treiben und die Kapazitäten von lokalen, Provinz- und nationalen Verwaltungen zu stärken, so dass diese proaktiv mit Betroffenen von Klimawandelfolgen zusammenarbeiten und Betroffene in ihren Kapazitäten zu stärken, sich für ihre Rechte einzusetzen;
5. sich gemäß den internationalen Menschenrechtsnormen dafür einzusetzen, dass von Klimaschäden Betroffene in Nepal Zugang zu wirksamen Rechtsbehelfen haben, auch zu Wiedergutmachungen, Entschädigungen und Garantien der Nichtwiederholung;
6. in Gesprächen mit der nepalischen Regierung darauf hinzuwirken, sowie in von Deutschland geförderten Projekten in Nepal sicher zu stellen, dass Betroffene, insbesondere marginalisierte Bevölkerungsgruppen wie Frauen, Indigene, Dalits u.a. wirksam in Projekten zur Klimawandelanpassung partizipieren können und sich darüber hinaus angesichts dessen, dass Klima ein intergenerationales Gerechtigkeitssthema ist, für die angemessene Partizipation von Jugendorganisationen einzusetzen;
7. die Einführung von sozialen Sicherungssystemen zu unterstützen, um die Widerstandsfähigkeit derjenigen Menschen zu erhöhen, die bereits von den Klimawandelfolgen betroffen sind;
8. Menschenrechtsverteidiger:innen im Umwelt- und Klimabereich zu unterstützen und für deren wirksamen Schutz einzutreten und die EU Guidelines on Human Rights Defenders (2018) umzusetzen; sowie
9. den Klimaschutz in Deutschland selbst wirksam voranzutreiben.